

Nachhaltige Entwicklung für eine zukunftsfähige Gesellschaft -Eine Zwischenbilanz-

von Rudolf Halberstadt

Grundlage dieser Zwischenbilanz sind die Ergebnisse der Tagung im Haus Villigst in Schwerte vom 26. – 28. September 2014 „Nachhaltige Entwicklung für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Transformation als sozio-kulturelle Aufgabe“.

Partner dieser Veranstaltung sind die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAIID), die Evangelische Akademie Villigst im Institut Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen (IKG EKvW) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg (FEST).

Ziele der Tagung waren, wichtige offene Probleme und Herausforderungen im Prozess der Nachhaltigen Entwicklung zu benennen und praxisorientierte Lösungswege aufzuzeigen. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei die hemmenden und fördernden Faktoren und die Bedeutung sozio-kultureller Faktoren für den erfolgreichen Gesamtprozess.

Über das Tagungsprogramm und einige Ergebnisse der Tagung wurde bereits 2014 in der Zeitschrift „evangelische aspekte“ berichtet.

Im folgenden werden ausgewählte wichtige Ergebnisse der Tagung als Grundlage für Überlegungen für die weitere Arbeit vorgestellt und erste persönliche Anregungen hierzu zur Diskussion gestellt. Ergänzend wird auf die Tagungsdokumentation verwiesen unter www.kircheundgesellschaft.de.

Prof. Dr. Dirk Messner hat in seinem Vortrag die Notwendigkeit eines nachhaltigen Wandels begründet und sich für eine wirksame Transformation ausgesprochen. Wegen des besonderen Handlungsbedarfs und der drängenden nationalen und internationalen Herausforderungen hat er das am Beispiel Klimaschutz konkretisiert. Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) hat unter seinem Vorsitz 2014 ein Sondergutachten vorgelegt „Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“. Auf dieses sowie weitere Gutachten des WBGU nahm er in seinem Vortrag mehrfach Bezug. Um das Ziel der Unterschreitung der Zwei-Grad-Grenze der Erderwärmung zu erreichen, werden in dem Gutachten auch Vorschläge für das Ende 2015 zu beschließende Pariser Klimaschutzabkommen gemacht. Trotz der Komplexität der Problematik ist er optimistisch, dass das Ziel erreichbar sei; allerdings nur bei einer großen Anstrengung der Akteure in Gesellschaft, Politik und Staat in Deutschland und weltweit.

Im Rückblick stellt er fest, dass der Bericht „Grenzen des Wachstums“ an den Club of Rome 1972 ein Weckruf war, der bisher nicht genügend beachtet wurde. Die Erklärung von Rio de Janeiro 1992 und auf den Nachfolgekongressen 2002 in Johannesburg und 2012 in Rio de Janeiro waren wichtige Meilensteine. Die größten Herausforderungen liegen aber noch vor uns, um bis 2070 die Klimaneutralität zu erreichen, damit die Zwei-Grad-Grenze nicht überschritten wird.

Aufbauend auf dem Hauptgutachten des WBGU von 2011 „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ wird im Sondergutachten 2014 eine „verschränkte Verantwortungsarchitektur für die Zukunft unseres Planeten“ entwickelt mit einem guten Zusammenspiel aller Hauptakteursgruppen. Da die vom Menschen gesetzten Ursachen für den Klimawandel sich häufig auch negativ auf andere Umweltbereiche auswirken, ist das vorgeschlagene Bündel von Strategien und Maßnahmen auch für den Umweltschutz insgesamt von Bedeutung. Das wird für folgende Hauptbereiche konkretisiert: Energie, Transport, Gebäude, Land- und Forstwirtschaft, weitere Landnutzung und Menschliche Siedlungen sowie Infrastruktur und Raumplanung.

Zusammenfassend stellt das Sondergutachten dazu fest: „Die Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft bietet erhebliche Zusatznutzen“ (S. 39).

Da der Mensch ein Hauptverursacher des Klimawandels ist, spielen die sozio-kulturellen Faktoren bei der Lösung eine entscheidende Rolle, betont Messner und wirbt für eine Kultur der Veränderung. Aus seiner Sicht ist es notwendig, einen Anteil von 20 – 40% in transformative Prozesse zu investieren, die kontinuierlich evaluiert und weiter entwickelt werden müssen. Messner spricht sich gegen angstgesteuerte rückwärtsgewandte Lösungen aus und hält es für notwendig, sich u.a. auch den neuen Legitimations- und den normativen Herausforderungen zu stellen.

Im einzelnen ergeben sich noch viele Aufgaben insbesondere in den Feldern Transformations- und Erdsystemforschung sowie Technik-Weiterentwicklung in interdisziplinärer Perspektive.

Prof. Dr. Günther Bachmann entwickelte zukunftsorientierte Perspektiven einer Nachhaltigkeitspolitik für Deutschland. Dabei bringt er seine Erfahrungen ein als Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, der von der Bundesregierung berufen wird. Bachmann hat von Anfang an die Entwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland begleitet, die erstmals 2002 vorgelegt wurde und seitdem kontinuierlich fortentwickelt wird. Die Fortschreibung ist mit regelmäßigen Fortschrittsberichten verbunden.

Bachmann stellt fest, dass die Nachhaltigkeitspolitik als eigenes Politikfeld inzwischen akzeptiert ist. Insbesondere bei der Integration der Nachhaltigkeitsziele in die Fachpolitikbereiche ist aber noch viel zu tun. Der Handlungsbedarf wird auch deutlich aus den Fortschrittsberichten auf der Grundlage von Zielen und Indikatoren der Bundesregierung für 38 ausgewählte Indikatorenbereiche. Davon sind jeweils knapp die Hälfte der Bereiche zieladäquat oder nicht zieladäquat; beim Rest ist es gemischt. Wichtige Defizite erläutert Bachmann an Beispielen aus den Bereichen Verkehr, Landwirtschaft, Ernährung, Energie und Artenschutz.

Institutionell ist Deutschland im europäischen Vergleich gut aufgestellt: Die Zuständigkeit für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie liegt beim Bundeskanzleramt, unter Mitwirkung der Ressorts bei der Vorbereitung und Umsetzung. Wichtige Gremien sind weiterhin: Stabssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, Rat für Nachhaltige Entwicklung und der vom Deutschen Bundestag eingesetzte Beirat für nachhaltige Entwicklung. Angesichts von Defiziten, Zielkonflikten und der hohen Komplexität vieler Probleme wirbt Bachmann für die Orientierung an der Leitidee, dass Politik für Menschen gemacht wird und nicht für Organisationen oder Institutionen. Er verweist auf die Beeinflussung und Mitgestaltung der Nachhaltigkeitspolitik durch alle – und damit auch auf unsere Mitverantwortung.

Angesichts des hohen Veränderungsbedarfs und der Notwendigkeit zur Transformation variiert er den Appell „Mehr Demokratie wagen“ in „Mehr Transformation wagen“.

Neben der Betonung der wichtigen Impulse und Beiträge aus der Mitte der Gesellschaft unterstreicht Bachmann die notwendige Erfüllung der Aufgabe des Staates zur Schaffung der unverzichtbaren geeigneten Rahmenbedingungen. Das gilt besonders auch für den Bereich der Wirtschaft angesichts deren sehr beschränkter Selbstregulierungskräfte. Darüber hinaus hält er auch in der Wirtschaft einen Paradigmenwechsel notwendig mit dem Ziel, die Wirtschaftskompetenz stärker zu nutzen für die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen.

Bachmann regt an, auch über die Beachtung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex in geeigneter Form in den Kirchen nachzudenken.

Als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Veränderung zu mehr Nachhaltigkeit unterstreicht Bachmann, die Verhaltensmuster zu ändern und eine Kultur der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Er wirbt dafür, das noch fehlende Gesamtkonzept für die nächsten 10-20 Jahre im Sinne eines

„Grand Design“ so zu entwickeln, dass auch die globalen Herausforderungen angemessen berücksichtigt werden.

Aus den beiden grundlegenden Vorträgen über den gegenwärtigen Stand der nachhaltigen Entwicklung für eine zukunftsfähige Gesellschaft in Deutschland und in globaler Perspektive lassen sich aus der problemorientierten Zusammenfassung bereits eine Fülle von Fragen, Problemen sowie konkretisierungsbedürftigen Lösungsansätzen erkennen, die – leider noch nicht genügend vorhandene – qualifizierte unabhängige „Think Tanks“ („Denkfabriken“) sinnvoll bearbeiten könnten.

Aus meiner Sicht sind folgende Aspekte für die weiteren lösungsorientierten Schritte von großer Bedeutung. Sie werden nur stichwortartig skizziert.

Der Handlungsbedarf im Aufgabenfeld für alle Hauptakteursgruppen in Staat, Gesellschaft und Kirche ist zu konkretisieren und zu spezifizieren. Dabei sind auch Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die nachvollziehbare Prioritätensetzungen ermöglichen und Wechselbeziehungen zwischen Problem- und Handlungsfeldern berücksichtigen.

Alle Akteursgruppen müssen die Fähigkeit und die Bereitschaft zum lösungsorientierten Zusammenwirken und zur Wahrnehmung der Verantwortung im eigenen Zuständigkeitsbereich entwickeln bzw. weiterentwickeln.

Die politischen und administrativen Prozesse zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen müssen im Blick auf Inhalte und Verfahren transparenter und problemgerechter gestaltet werden.

Das Zusammenwirken der Verantwortungsträger auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen muss verbessert werden. Das gilt auch für das Zusammenwirken der Nationalstaaten in der Europäischen Union.

Eine besondere Herausforderung ist der transparente Umgang mit legitimen Interessenvertretungen auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene.

Das gesicherte Forschungs- und Praxiswissen (ausserhalb von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) sollte in geeigneter Weise besser verfügbar gemacht werden, um mehr Wirkung zu erreichen.

Notwendige nachhaltigkeitsorientierte Forschung muss als unabhängige Forschung in besonderer Weise gefördert werden (sowohl Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte Forschung). Sinnvolle transformative Prozesse müssen initiiert, begleitet und – bei Bedarf - auch finanziell gefördert werden.

Die Förderpolitik der Öffentlichen Hände sollte stärker auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitslen ausgerichtet werden.

Nach der Gesamtschau auf den nachhaltigkeitsorientierten Transformationsprozeß wurden wichtige Aspekte der Nachhaltigkeit und der Transformation vertieft.

So hat PD Dr. Uta von Winterfeld vom Wuppertal Institut aus politikwissenschaftlicher Sicht blinde Flecken der Transformationsdebatte identifiziert und kritische Anmerkungen zum pragmatisch-optimistischen Ansatz des WBGU formuliert.

Nach ihren Anforderungen müsste das Verhältnis von Markt und Staat sowie von Ökonomie und Politik viel stärker problematisiert werden. Sie fordert eine kritische Überprüfung aus der Perspektive der Bedürfnisse der Menschen und der Menschenrechte. Auch die Demokratie muß nach ihrem Verständnis stärker vom Menschen her gedacht und entwickelt werden.

Auch das Bild vom aktivierenden Staat „hinkt“ nach ihrer Einschätzung. Sie verweist auch auf die unterschiedlichen Prämissen und Ziele bei der ursprünglichen Verwendung durch Karl Polanyi in „The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time“,

New York, 1944 und den heutigen Verwendungen des Begriffs „Große Transformation“. Für von Winterfeld gehören über die Umwelt- und allgemeinen Nachhaltigkeitsziele hinaus die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit sowie eine gute Beteiligungskultur zu den Zielen einer Großen Transformation. Aus ihrer Sicht kann die Große Transformation nicht nur als staatlich organisierter Prozess betrachtet werden. Fortschritt und Zivilisation müssen nach ihrer Auffassung von ihren Grundlagen und Zielen her neu gedacht werden.

Aus Ablauf- und Zeitgründen war leider kein direkter Austausch zwischen Messner und von Winterfeld möglich. Bei einer wünschenswerten vertiefenden Diskussion müssten aus meiner Sicht u.a. auch die besonderen Anforderungen an das Format der wissenschaftlichen Politikberatung im Vergleich zu den größeren Freiheiten eines akademischen Dialogs berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Torsten Meireis von der Universität Bern beleuchtete die ethischen Dimensionen der Transformationen aus der Perspektive der Verheißungen des Evangeliums im Verhältnis zu politischen Visionen.

Ausgehend von den Prämissen, dass es ein Christentum ohne politische Visionen nicht gibt, und die Jesu-Anhänger ihre politischen Wirkungen ohne eigenen Machtanspruch erreichen sollen, entfaltet Meireis ein Bündel von biblischen und theologischen Argumenten insbesondere für eine Position starker Nachhaltigkeit sowie große Affinitäten zu einem suffizienzorientierten Lebensstil, zu sozialökologischer Nachhaltigkeit und zum Schutz der Biodiversität. Als wichtiges Gerechtigkeitsziel betont er auch die Sicherung des gleichen Rechts- und Gestaltungsspielraums für alle Bürger als Problem der „Waffengleichheit“ bei Interessenkonflikten. Er verweist auch auf die Vorreiterwirkung des kirchlichen Engagements seit den 1970er Jahren für die Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen im Sinne der Bewahrung der Schöpfung, zusammen mit dem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Er unterstreicht die bis heute gegebene Bedeutung und Dringlichkeit dieser Herausforderungen als Gegenstand des öffentlich-theologischen Diskurses und des Prozesses der Veränderung in der Perspektive der Hoffnung.

Ina Richter vom Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam begründet, warum Transformationsprozesse nur mit einer offenen und verbindlichen Bürgerbeteiligung auf Dauer erfolgreich sein können. Am Beispiel der Energiewende verdeutlicht sie die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung und die Möglichkeiten der dabei – insbesondere bei Großprojekten - auftretenden Probleme. Eine rechtzeitige und ausreichende Bürgerbeteiligung ist auch notwendig zur Durchsetzung von Gemeinwohl- gegenüber Partikularinteressen. In der Diskussion wird angeregt, bei der Ausgestaltung der Beteiligung auch in der Vergangenheit bewährte Instrumente wie die „Anwaltsplanung“ einzubeziehen. Wichtig ist es auch, bei der Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung aus den Fehlern der Vergangenheit – etwa beim Projekt „Stuttgart 21“ - die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Dr. Daniel Fischer von der Universität Lüneburg berichtet von erfolgreichen Projekten, die die Bedeutung der Bildung als Instrument der Transformation verdeutlichen.

Er stellt diese Projekte auch in den Kontext der 2014 endenden UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und den Stand der Planungen für ein anschließendes „Weltaktionsprogramm“, in dem die bewährten Ideen und Konzepte aus der Dekaden-Arbeit in u.a. effiziente Netzwerke und dauerhafte Strukturen überführt werden sollen. Einzelheiten dazu unter www.bne-portal.de.

Am Beispiel des Handlungsfeldes Konsum zeigt Fischer pädagogische Wege auf zur Stärkung der Gestaltungskompetenz als Baustein für eine „Nachhaltige Konsumkultur“.

Auf dem Weg zur Zukunftsgestaltung hält er Ansätze im Sinne einer „Katastrophenpädagogik“ nicht für zielführend. Im Blick auf die Entwicklung neuer Narrative sieht er die Ansätze des WBGU und in der Projektfamilie Bildung für nachhaltige Entwicklung in einem sinnvollen Ergänzungsverhältnis.

Dies ist nur ein Beispiel für das große Potential, das in der Vernetzung geeigneter verschiedener Lösungsansätze liegt.

Zu folgenden drei Themenfeldern wurden parallel intensive Transformationswerkstätten durchgeführt: Leben in Stadt und Land, Wirtschaften und Arbeiten sowie Perspektiven für ein zukunftsweisendes Post-2015-Regime und die Rolle der Kirchen.

Auf der Grundlage gelungener Projekte und wichtiger Erfahrungen fand ein vertiefender Austausch statt mit dem Ziel, „Neue Wege zu denken“ und „Neues Handeln“ zu erarbeiten. Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Werkstätten müssten noch in einem eigenen Arbeitsschritt durch alle an der Vorbereitung und Durchführung Beteiligten ausgewertet und aufbereitet werden, um die „Schätze“ für die weitere Arbeit zu heben.

In drei Impulsvorträgen mit anschließender gemeinsamer Diskussion wurden Perspektiven und Bausteine für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung entwickelt aus den Perspektiven von Gesellschaft, Politik und Kirche.

Klaus Brunsmeier trug als Stellvertretender Bundesvorsitzender des BUND eine kritische Position aus dem Blickwinkel der Gesellschaft vor.

Er setzt sich ein für eine Große Transformation zur Überwindung von Fehlentwicklungen und zur Umsetzung von zukunftsfähigen Entwicklungen auf der Grundlage der auch heute noch wichtigen beiden Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“.

Als eine wichtige Ursache für zu beklagende Fehlentwicklungen und Schieflagen hebt er beispielhaft hervor die unzureichende Finanzausstattung für eine tatsächlich unabhängige Forschung für nachhaltige Entwicklung.

Im Blick auf aktuelle Probleme in den Bereichen Atomenergie, Freihandelsabkommen mit den USA, Klimaschutzabkommen usw. unterstreicht er die Notwendigkeit, dass Bürgerbewegungen Druck auf die Politik machen. Dabei müssen Beteiligungsformen und Widerstandsformen aber in guter Balance gehalten werden.

Oliver Kaczmarek hat es als Mitglied des Deutschen Bundestages übernommen, die inzwischen entwickelten institutionellen Rahmenbedingungen für das Aufgabenfeld Nachhaltige Entwicklung vorzustellen und einige Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung aufzuzeigen.

Beispielhaft weist er in diesem Zusammenhang auf die regelmäßige Fortschreibung der seit 2002 bestehenden Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hin. Zur Vorbereitung der nächsten Fortschreibung wurde ein internationales Expertenteam gebeten, die bisherigen Verfahren und Ergebnisse mit dem Ziel zu untersuchen, Verbesserungspotentiale aufzuzeigen. Es hat 2013 einen Bericht vorgelegt (Peer Review Report). Ergebnisse dieses Berichts sowie weitere Vorschläge zur Verbesserung können in das Verfahren zur Fortschreibung eingebracht werden.

Er verweist darauf, dass der Koalitionsvertrag in der laufenden Wahlperiode Maßstab des politischen Handelns ist.

Zusammenfassend stellt er fest, dass zwar viel erreicht wurde, aber nicht genug.

Für eine erfolgreiche Große Transformation hält er eine gute Kooperation der Akteursgruppen für erforderlich.

Vor dem Hintergrund, dass legitime Interessenvertretung Teil der politischen Auseinandersetzung

ist, hält Kaczmarek den gesellschaftlichen Druck für wichtig, um die erforderlichen Veränderungen zu erreichen.

Thilo Hoppe berichtet als Vorsitzender der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKG über einige der wichtigen Aktivitäten bei der Wahrnehmung der Beratungsfunktion für den Rat der EKG. Dazu gehören u.a. die Klimadenkschrift sowie Studien usw. zu Themenfeldern wie Landwirtschaft, Welternährung, Biotechnologie sowie Global Governance Strukturen für die globalen Nachhaltigkeitsherausforderungen. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie noch stärker in Richtung der internationalen Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Hoppe verweist auf die Bedeutung der kirchlichen Positionierungen seit den 1970er Jahren im Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, u.a. auch für die Erklärung von Rio de Janeiro 1992.

Um die vorhandenen Konzepte und Theorien besser in die Praxis umzusetzen, plädiert er in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der psychologischen und pädagogischen Forschung dafür, eher auf Vermittlungsmethoden zu setzen, die Akzeptanz, Bejahung und Begeisterung wecken für die Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung. Das schließt eine realistische Beschreibung der Ausgangslage aber nicht aus. In jedem Fall muss die Akzeptanz-Falle in demokratischen Entscheidungsprozessen beachtet werden, wenn es darum geht, das Festhalten an Gewohnheiten und die Wahrung von Besitzständen zu überwinden. Das ist in einigen Bereichen erforderlich, wenn die notwendige stärkere Ausrichtung an Zielen der Suffizienz gelingen soll.

Trotz aller bisherigen Erfolge, betont Hoppe, hat die Kirche noch viele praxisbezogene und strategische Beiträge zu leisten, um die menschengerechte nachhaltige Entwicklung in der notwendigen Breite und Tiefe zu ermöglichen.

In der intensiven Diskussion der Impulsvorträge wurden noch folgende Anregungen herausgearbeitet, die für die Weiterarbeit am Thema von besonderer Bedeutung sind.

Die Verantwortlichkeiten der Hauptakteursgruppen für ihre Beiträge zur zukunftsfähigen nachhaltigen Entwicklung sind möglichst praxisorientiert zu konkretisieren.

Die Governance Strukturen für nachhaltige Entwicklung sind auch in Deutschland zu verbessern für alle Zuständigkeitsbereiche in Bund, Ländern und Kommunen.

Die Qualität und Wirkung von Auftragsforschung mit Relevanz für die Nachhaltige Entwicklung gehört insgesamt auf den Prüfstand. Ausserdem ist die Förderpolitik für Sektoren mit möglichen negativen Auswirkungen für eine nachhaltige Entwicklung zu überprüfen. Ein besonders kritischer Bereich ist die erhebliche Förderung z.B. der Schnelle-Brüter-Forschung.

Die Verbesserungspotentiale im Zusammenwirken von NGO's, Wirtschaft und Gewerkschaften müssten identifiziert und realisiert werden.

In die Verhandlungen über das Post-2015-Regime müssten auch Mengen und Zeitangaben für die Umsetzung eingebracht werden.

Die Ergebnisse der Technik-Folgenabschätzung müssten noch stärker in die Nachhaltige Entwicklung eingebracht werden.

Die unterschiedlichen Interessenlagen der jetzt aktiven und der folgenden Generationen müssen durch geeignete Verfahren besser ausgeglichen werden.

Die Risiken und Nebenwirkungen der beabsichtigten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA müssen frühzeitig öffentlich gemacht werden. Dabei haben Wissenschaft und Medien eine besondere Verantwortung, ebenso wie für den Prozess der Nachhaltigen Entwicklung insgesamt.

Das Spannungsfeld zwischen den Erwartungen an „Gutes Leben“ im Respekt vor den planetarischen Grenzen und in Übereinstimmung mit den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung muss transparent beschrieben und in praktikablen Lösungskonzepten bearbeitet werden.

Hier ist auch die Kirche in besonderer Weise gefordert in ihrer Doppelrolle als Mahner und als Vorbild im Zusammenwirken mit den anderen Akteursgruppen.

Oberkirchenrätin Cordelia Kopsch leitet die Projektstelle der EKD „Diskurs Nachhaltige Entwicklung“. Sie hat bei der Vorbereitung der Tagung beratend mitgewirkt und ein Resümee vorgetragen. Aus der Fülle ihres Beitrags zur Würdigung der Ergebnisse der wichtigen Tagung in Villigst werden hier nur einige Punkte angesprochen, die für die weitere Arbeit am Thema besonders bedeutsam sind.

Die Komplexität des Themenfeldes ist in allen Bereichen sehr hoch.

Die Dringlichkeit für Veränderungen ist groß – auch für tiefer gehende.

Für die notwendigen Veränderungen in den Köpfen und Herzen ist das Evangelium als Orientierung und Verheißung hilfreich.

Auch die Bildung für Kopf und Herz ist von großer Bedeutung, um die Veränderungen zu ermöglichen.

Die für den Erfolg erforderlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden.

Sowohl im Blick auf die innerkirchlichen Handlungs- und Umsetzungsprozesse sieht Kopsch noch erhebliche Entwicklungspotentiale als auch im Blick auf die Positionierung der Kirche mit Außenwirkung. Um beiden Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Verantwortungsträger in der Kirche nicht nur theologisch sprachfähig bleiben, sondern sich auch auf der Höhe des verfügbaren Fachwissens positionieren. Dabei kann an viele gute Ansätze und Vorarbeiten angeknüpft werden. Im Rahmen der Arbeit der Projektstelle „Diskurs Nachhaltige Entwicklung“ ist auch ein Arbeitsschwerpunkt, die bisherigen Positionierungen der Kirche, die Ergebnisse aus den Aktivitäten der Evangelischen Akademien sowie weiterer Erkenntnisse weiterer Akteure innerhalb der EKD so aufzubereiten, dass sie in den weiteren Prozess zu mehr nachhaltiger zukunftsfähiger Entwicklung eingebracht werden können.

Angesichts der Vielfalt der Positionen und der – zum Teil – widersprüchlichen Einschätzungen kommt es darauf an, eine gemeinsame tragfähige innerkirchliche Position zu entwickeln.

Auf dieser Grundlage kann dann die Einsicht in die Notwendigkeit und Dringlichkeit gefördert werden sowie sinnvolles Handeln ermöglicht werden. Ziel ist es, die gesellschaftliche

Verantwortung theologisch und fachlich fundiert wahrzunehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Sachinformationen allein in der Regel nicht zu Veränderungen führen. Um Mentalitäts-

veränderungen zu ermöglichen, sind breiter angelegte Maßnahmen notwendig, die z.B. neben den kognitiven auch die sozialpsychologischen und sozio-kulturellen Dimensionen einbeziehen. Das gilt nicht nur für die Angebote für lebenslanges Lernen, sondern auch für die Veränderungsprozesse bei Verantwortungsträgern aller Akteursgruppen.

Eine weitere innerkirchliche Herausforderung ist es, sich parallel zu den laufenden internen Abstimmungs- und Klärungsprozessen im Themenfeld auch in wichtige aktuelle Debatten mit großer Tragweite für die Zukunft einzubringen. Beispiele hierfür sind die Debatten um die vom BMZ entwickelte Zukunftscharta, die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA oder die Ausgestaltung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes.

In ihren Abschlussstatements haben die drei Veranstalter nicht nur den Vorbereitungsteams, den Referenten/Mitwirkenden und Teilnehmern gedankt, mit einem besonderen Dank an den Leiter der Evangelischen Akademie Villigst, Dr. Peter Markus und sein Team; sie haben die Hauptlast der Vorbereitung und Durchführung geschultert.

Darüber hinaus haben Dorothee Teschke für die EAiD, Dorothee Rodenhäuser für die FEST und Dr. Peter Markus für die Evangelische Akademie Villigst/IKG bekräftigt, dass sie sich weiter in den begonnenen Prozess aktiv einbringen werden und einige geplante Projekte genannt.

Weitere Projekte können sich noch aus der vertiefenden Auswertung dieser Tagung sowie weiterer wichtiger Tagungen der EKD-Akteure im Jahr 2014 zum Themenfeld ergeben. Dabei handelt es sich um zukunftsweisende Veranstaltungen im Themenjahr „Reformation und Politik“ in der Luther-Dekade 2007-2017.

Abschließend noch eine Anregung für die weitere Arbeit:

Neben den wichtigen zusammenführenden Arbeiten im „Diskurs Nachhaltige Entwicklung“ werden die Projekt- Aktivitäten für eine nachhaltige zukunftsfähige Gesellschaft im Bereich der EKD-Akteure weiter entwickelt und dokumentiert.

Beide Ergebnis-Stränge werden rechtzeitig vor dem angedachten Folge-Kongress zur Transformation verknüpft. Das wäre ganz im Sinne der Initiatoren des Transformations-Kongresses 2012 (DGB, DNR, EKD), die damit ein Startsignal geben wollten für eine Intensivierung des Prozesses zu mehr Transformation in Richtung von mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit.

Es wäre wünschenswert, wenn am Folge-Kongress neben den Akteursgruppen der drei Initiatoren auch die Akteure aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft sowie den engagierten zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen aktiv teilnehmen könnten.

Düsseldorf, Januar 2015